

# ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Eva Glawischnig-Piesczek, Judith Schwentner, Freundinnen und Freunde

## **betreffend Maßnahmen gegen Pensionsgap von Frauen**

eingebracht im Zuge der Debatte über die Dringliche Anfrage an den Bundesminister für Finanzen betreffend „Reformpanne – Pensionssystem ungebremst auf Crashkurs“

### **BEGRÜNDUNG**

Das österreichische Pensionssystem setzt die Benachteiligung von Frauen im Erwerbsleben nahtlos fort und verstärkt diese sogar. Auf Grund

- niedrigerer Einkommen bei gleicher und gleichartiger Tätigkeit,
- der in dieser Gesellschaft angenommenen scheinbar exklusiven Verpflichtung von Frauen, den Großteil der Erziehungs- und Betreuungsarbeit zu leisten,
- dem Fehlen von ausreichenden Angeboten der qualitativ hochwertigen außerhäuslichen Kinderbetreuung,
- und der daraus resultierenden hohen Betroffenheit von Frauen zur Teilzeitbeschäftigung (47%)

lag die Medianpension von Männern im gesetzlichen Pensionssystem im Jahr 2014 um fast 100% über jener der Frauen.

2014						
	Frauen		Männer		$\Delta$ in % der Frauenpension	
	IP	AP	IP	AP	IP	AP
<b>ArbeiterInnen</b>	858	784	1177	1557	37,2	98,6
<b>Angestellte</b>	890	1208	1523	2320	71,1	92,1
<b>Selbständige</b>	858	927	1276	1745	48,7	88,2

Quelle: statistisches Jahrbuch der österreichischen Sozialversicherung 2015

Eine von vier alleinlebenden Frauen im Pensionsalter ist armutsgefährdet. 377.000 Frauen im Pensionsalter haben keinen eigenständigen Pensionsanspruch. Dagegen muss die Gesellschaft vorgehen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind nicht nur geeignet, sondern auch notwendig, um die Diskriminierung von Frauen im Erwerbsleben und im Pensionssystem zu verringern und schließlich zu beenden. Vom Ende dieser Diskriminierung profitieren alle Teile der Gesellschaft über höhere Konsumausgaben, mehr Jobs, höhere Steuer- und Beitragseinnahmen und eine gerechtere Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

## **ENTSCHLIESSUNGSAKTRAG**

*Der Nationalrat wolle beschließen:*

Die Bundesregierung wird ersucht, dem Nationalrat eine Gesetzesvorlage mit folgendem Inhalt zuzuleiten:

1. Abschaffung aller Regelungen, die einen Verlust des Arbeitsplatzes allein auf Grund des Vorliegens eines Pensionsanspruchs ermöglichen.
2. Schaffung einer individuellen Grundpension in der Höhe der Ausgleichszulage sowie einer versicherungsmathematischen Erwerbspension.
3. Modelle zur Arbeitszeitverkürzung.
4. Schaffung eines gesetzlichen Mindestlohns von € 9,80 brutto pro Stunde



